

HISTORISCHE KOMMISSION

BEI DER BAYERISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

Die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften – der Intention nach eine „Akademie für deutsche Geschichte“ – wurde 1858 vom bayerischen König Maximilian II. auf Anregung Leopold von Ranke gegründet. Seit beinahe 150 Jahren leistet die Kommission, deren Mitglieder Historiker aus Deutschland, Österreich und der Schweiz sind, durch die Veröffentlichung von Quelleneditionen und Darstellungen einen wesentlichen Beitrag zur historischen Grundlagenforschung. Zeitlich erstrecken sich ihre Forschungsvorhaben vom ausgehenden 14. Jahrhundert bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts. Fest angestellt, über Drittmittel oder auf Werkvertragsbasis sind derzeit rund 80 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in 19 Abteilungen für die Kommission tätig.

Aus dem umfangreichen Forschungsprogramm der Historischen Kommission (vgl. die Übersicht: Forschungen und Editionen unter <http://www.historischekommission-muenchen.de>), das natürlich auch die Veränderungen der Fragestellungen und Prioritätensetzungen des Faches im Wandel der Zeiten widerspiegelt und auch Mißerfolge kennt, seien hier ohne den Anspruch auf Vollständigkeit einige Schlaglichter genannt.

Seit ihrer Gründung trägt die Kommission mit den heute in vier Reihen herausgegebenen „Deutschen Reichstagsakten“ (1376–1662) die Verantwortung für ein Projekt, das einen wesentlichen Beitrag zur Wahrung des kulturellen Erbes der europäischen Geschichte leistet und auch nach fast 150 Jahren unverändert seine Berechtigung hat (vgl. Jahrbuch der Historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Berichtsjahr 1997, 15–19). Andere große Serien wie „Die Chroniken der Deutschen Städte vom 14. bis in's 16. Jahrhundert“ (1862–1931 in 36 Bänden) oder die „Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik“ (1968–1990 in 23 Bänden) hat die Kommission erfolgreich abgeschlossen und inzwischen damit begonnen, diese Rückgratserien der deutschen Geschichtswissenschaft zu digitalisieren. Die Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik, werden im kommenden Jahr in Kooperation mit dem Bundesarchiv im Internet zur Verfügung stehen. Mit den „Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler 1933–1945“, derzeit entsteht der Band für das „Anschlußjahr“ 1938, existieren hier Erweiterungsmöglichkeiten.

Zu unterschiedlichen Zeiten hat die Kommission, deren mehr oder weniger breites Forschungsprogramm natürlich auch ein Spiegel des Auf und Ab der öffentlichen Haushalte im 19. und 20. Jahrhundert ist, immer wieder neue Initiativen ergreifen können, von denen sich viele sehr fruchtbar entwickelt haben. Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm sie die Arbeiten an dem maßgeblichen historisch-biographischen Lexikon für den deutschen Sprachraum auf, der Neuen Deutschen Biographie (NDB), die derzeit bei Band 22 (Rohmer-Schinkel) angekommen ist und 2017 abgeschlossen sein wird. Die derzeit rund 46 000 Artikel der NDB sowie ihrer Vorgängerin, der Allgemeinen Deutschen Biographie (1875–1912), erschließt das digitale ADB & NDB-Gesamregister, das durch eine Kooperation mit der Bayerischen Staatsbibliothek auch über das Internet zugänglich ist (<http://mdz2.bib-bvb.de/~ndb>), derzeit allerdings nur den direkten Zugriff auf die ADB-Artikel (Images) erlaubt. Die Kommission verfolgt mit Nachdruck das Ziel, auch ein digitales Angebot aller NDB-Artikel zu realisieren.

In den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts konnte die Kommission unter dem Titel „Quellen zu den Reformen in den Rheinbundstaaten“ sowie „Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes“ (vgl.

Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Berichtsjahr 2000, 27–37) zwei mittlerweile sehr ertragreiche neue Projekte ins Leben rufen. Das gilt in demselben Maße für die Anfang der neunziger Jahre errichtete Abteilung „Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954“ (vgl. Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Berichtsjahr 2003, 74–86). Um die Jahrtausendwende und danach sind weitere Initiativen hinzugekommen. Im Mittelpunkt des „Repertorium Academicum Germanicum“, dessen Ziel die Erfassung der rund 35 000 graduierten Gelehrten des Alten Reiches (Theologen, Juristen, Mediziner und Artistenmagister) im Zeitraum von 1250 bis 1550 durch die beiden Arbeitsgruppen in Bern und Gießen ist, steht erstmals in der Geschichte der Kommission keine Buchveröffentlichung, sondern eine Datenbank. Seit März 2006 sind Abfragen zu rund einem Zehntel der Gelehrten möglich (<http://www.rag-online.org>).

Unter dem Titel „Leopold von Ranke, Aus Werk und Nachlaß“ hatte die Kommission bereits in den Jahren 1964 bis 1975 vier Bände (Tagebücher, Über die Epochen der Neueren Geschichte, Frühe Schriften, Vorlesungseinleitungen) veröffentlicht, die sich mit ihrem Gründer beschäftigen. 2005 hat sie nun eine neue Abteilung eingerichtet, die in sechs Bänden den Briefwechsel Leopold von Rankes historisch-kritisch edieren wird, der als Begründer des Faches, der historisch-kritischen Methode und als Wissenschaftsorganisator ein „Klassiker“ der Wissenschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts ist (vgl. Leopold von Ranke – Der Historiker wird selbst historisch. Ein Forschungsbericht von Ulrich Muhlack/Oliver Ramonat, <http://www.historischekommission-muenchen.de/seiten/ranke2004.pdf>). Der erste Band mit den Jugendbriefen Rankes (1813–1825), er reicht von der Leipziger Studienzeit Rankes über die Arbeit des jungen Oberlehrers in Frankfurt an der Oder bis zum Antritt seiner außerordentlichen Professur in Berlin, wird im Herbst erscheinen.

Aus dem Arbeitsprogramm der Historischen Kommission sollen im folgenden zwei Abteilungen – ihre Entstehung, Entwicklung und ihr aktuelles Profil – präsentiert werden, die zu ganz unterschiedlichen Zeiten entstanden sind: die zeitlich in der zweiten Hälfte des Ersten Weltkrieges von Friedrich Meinecke entwickelten „Deutschen Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts“, die nach 1945 um das 20. Jahrhundert erweitert wurden, und die 1961 von Werner Conze, dem Gründer des Heidelberger „Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte“, konzipierte Abteilung „Forschungen zur deutschen Sozialgeschichte“.

Kontakt

Adresse:

Historische Kommission
bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
Alfons-Goppel-Straße 11
80539 München

Website:

<http://www.historischekommission-muenchen.de>

Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts

Abteilungsleitung: Prof. Dr. Klaus Hildebrand

I. Entstehung

Die Abteilung „Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts“ der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften kann als Restbestand eines ursprünglich größer angelegten Plans zur organisatorischen Neugestaltung der Geschichtswissenschaft gelten. Mitten im Ersten Weltkrieg, im Juli 1916, gegen Ende der Schlacht von Verdun und am Beginn der Kämpfe an der Somme, ergriff Moriz Ritter, von 1908 bis 1923 Präsident der Historischen Kommission, die Initiative zu einem ehrgeizigen Projekt. Das „Quellenwerk zur Geschichte der Gründung und Befestigung des Deutschen Reiches“¹ sollte dem 1871 konstituierten (klein-)deutschen Nationalstaat historische Legitimation verleihen. Was dem Statut der Historischen Kommission aus dem Jahre 1858 zufolge „mit der Auffindung und Herausgabe werthvollen Quellenmaterials für die deutsche Geschichte in deren ganzem Umfange“² beabsichtigt worden war, erhielt nunmehr seine spezifische Ergänzung im Hinblick auf die nationalstaatliche Entwicklung Deutschlands nach den Zäsuren des preußisch-österreichischen Krieges von 1866 und der Reichsgründung von 1871. Das heißt aber: In ganz unübersehbarer, allerdings charakteristisch veränderter Fortsetzung der großen Editionsunternehmen der „*Monumenta Germaniae Historica*“ einerseits und der sich daran unmittelbar anschließenden Reichstagsakten, dem Kernstück der wissenschaftlichen Tätigkeit der Historischen Kommission, sollte nunmehr ein damit vergleichbares Großvorhaben durch die Herausgabe und das Verfassen historischer Schriften dem im Ersten Weltkrieg buchstäblich um seine Existenz ringenden Kaiserreich ein historisches Fundament verleihen.

Moriz Ritters ursprünglicher Entwurf bezog sich denn auch, im Kern der Dinge jedenfalls, auf die unmittelbare Vorgeschichte und Geschichte der Bismarckzeit zwischen 1866 und 1888. Er wurde freilich im Zusammenhang mit den sodann einsetzenden Beratungen durch einen weit darüber hinausgehenden Plan Friedrich Meineckes in umfassender Art und Weise erweitert: Die „*Acta Germanica*“, von denen in deutlicher Anspielung auf die „*Acta Borussica*“ jetzt die Rede war, sollten sich nämlich vom Ende des 18. Jahrhunderts bis in die Ära Bismarck hinein erstrecken. Indes, seit der Zusammenkunft einer von der Historischen Kommission zur Beratung dieses säkularen Vorhabens eingesetzten Unterkommission im Oktober 1916 führte das gesamte Unternehmen den Titel „Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts“, und dieser Name „ist auch dem Restplan verblieben, der mit einer Hinzunahme des 20. Jahrhunderts bis heute existiert“.³

Der damals vorgelegten Disposition dieser neuen Großorganisation historischer Wissenschaft zufolge wurde ein gewaltiges Volumen an Quellenmaterial für die geschichtswissenschaftliche Bearbeitung vorgesehen; diese sollte sich in vier Abteilungen vollziehen: Zum einen ging es dabei vor allem um die äußere Politik des 18./19. Jahrhunderts, also um „Akten und Aktenverarbeitung“; zum zweiten, was vornehmlich die Innenpolitik betrifft, um „Parlamentsverhandlungen und politische Tagungen“; zum dritten um das, was als „*corpus epistolarum et memorabilium*“ benannt wurde, also um „Denkwürdigkeiten und Briefwechsel bedeutender Persönlichkeiten“, nicht zuletzt um die Auswertung entsprechender Nachlässe; sowie viertens um „Regesten und Repertorien“.⁴

Angesichts der riesigen Dimension des Gesamten war bereits vor dem Ende des Kaiserreichs und der in der Inflation einsetzenden Finanzknappheit deutlich geworden, daß eine Teilung der ins Auge genommenen Arbeiten geboten war. Insofern wurde von vorneherein an ein Zusammenwirken der

Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften mit der Preußischen Archivverwaltung, der Berliner Akademie der Wissenschaften sowie einigen landesgeschichtlichen Kommissionen, allen voran derjenigen in Baden, gedacht. Was die Zuordnung der Untersuchungsgegenstände angeht, so sollte sich die Münchener Kommission insbesondere der dritten und vierten Abteilung des Großprojekts annehmen, sich also nicht zuletzt auf die Edition aus den Nachlässen „bedeutender Persönlichkeiten“, auf deren „Denkwürdigkeiten und Briefwechsel“ konzentrieren.

Während aus den großzügigen Planungen für die anderen Abteilungen nichts geworden ist, die sich mit der offiziellen Überlieferung zur Geschichte der inneren und äußeren Politik des 18./19. Jahrhunderts befassen sollten und der Bearbeitung durch andere Institutionen zgedacht waren, ging aus jener der Historischen Kommission in München zugeteilten Aufgabe einer Beschäftigung mit den Nachlässen das hervor, was im Rahmen der Abteilung „Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts“ bis heute existiert: In dieser Hinsicht ist somit die dafür maßgebliche Idee als ein Bestandteil des ursprünglichen Großplans aufgenommen, fortgeführt und weiterentwickelt worden, nämlich Editionen aus dem unveröffentlichten Schriftgut historischer Persönlichkeiten vorzulegen.

Das heißt aber: Diese Abteilung der Historischen Kommission ist zum einen als der übriggebliebene Rest eines großen Ganzen anzusehen, das insgesamt nicht zustande gekommen ist; und sie ist andererseits doch, was die zu Beginn einmal vorgenommene Aufteilung der einzelnen Zuständigkeiten zwischen den für die Zusammenarbeit vorgesehenen Forschungseinrichtungen angeht, die Institutionalisierung der zentralen Aufgabe, welche der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von vorneherein bevorzugt übertragen worden ist. Mehr noch: Bereits zu Anfang der letztlich gescheiterten Großplanung waren sich die Beteiligten durchaus schon darüber im klaren, wo die unübersehbaren Schwierigkeiten in bezug auf die Realisierung ihres ehrgeizigen Vorhabens lagen und was dagegen durchaus als machbar gelten durfte. Der Bestand an neuzeitlichen Quellen, der in den Blick genommen wurde, war ja nicht nur mengenmäßig erdrückend, sondern würde auch, zumindest auf absehbar lange Zeit, der Öffentlichkeit einfach nicht zugänglich sein. Planmäßigkeit oder gar Vollständigkeit editorischer Arbeit waren auf diesem Feld also nur schwer, ja wohl kaum zu erreichen, so daß eine gewisse Zufälligkeit in der Auswahl der Gegenstände von vorneherein durch den Zwang der Sachlage geboten war.

Eben dieses gleichsam von außen diktierte Erfordernis hat die Tätigkeit der Abteilung „Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts“ von ihren Anfängen an geprägt. Mit anderen Worten: Ihre wissenschaftliche Arbeit vermag sich nicht im Sinne der großen Fondseditionen in streng chronologischer Reihenfolge zu vollziehen, die mit einer gewissen formlosen Systematik Band auf Band folgen läßt. Vielmehr ist sie, um ihrem Auftrag entsprechen zu können, zur Auswahl angehalten: In diesem Sinne werden zum einen – nicht zuletzt durch die sich bietende Gelegenheit verfügbare – Quellen, die, weil sie würdig sind, gesichert zu werden, für die Wissenschaft editorisch bereitgestellt; und es werden andererseits, je nach Bedarf der sich wandelnden Forschungslage einschlägige Akzente gesetzt, um durch spezifische Verbreiterung und Ergänzung der Materialbasis den historiographischen Fortschritt zu befördern.

Denn auch für diese Abteilung der Historischen Kommission gilt die Tatsache, wonach es keine geregelte Reihenfolge von editorischer und monographischer Forschung geben kann. Zum einen vermag, führt man sich allein die enge Verbindung zwischen dem edierten Material und den großen Biographien, beispielsweise über Friedrich den Großen oder Otto von Bismarck, vor Augen, eine grundlegende Edition die historiographische Darstellung durchaus nach sich zu ziehen, zu ermöglichen

und zu befördern; und zum anderen läßt sich, seit den Tagen Leopold Rankes, dessen Geschichte der Reformation zur Edition der Reichstagsakten angeregt hat, das genau Umgekehrte beobachten, demzufolge eine aufsehenerregende Monographie die Aktenarbeit, im Falle dieser Abteilung die Edition einschlägiger Papiere und Briefe aus den Nachlässen, anzuregen imstande ist.

II. Erträge

Vor diesem Hintergrund ihrer Entstehung geben die Erträge der Abteilung, vor allem in den Jahrzehnten zwischen dem Ende des Ersten und dem des Zweiten Weltkriegs, noch viel vom ursprünglichen Anspruch des geschichtswissenschaftlichen Großunternehmens zu erkennen, nämlich eine umfassende Quellenbasis für die Erforschung der Entwicklung des 18./19. Jahrhunderts zu legen. Bereits der erste Band, der 1919 von Joseph Hansen unterbreitet wurde, die „Rheinischen Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830–1850“, der den Zeitraum bis 1845 umfaßt und 1942 mit einem zweiten, bis in den April 1848 reichenden Band fortgesetzt wurde, kann in methodischer Hinsicht als ein Auftakt zur deutschen Parteienforschung angesehen werden. Was also nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs unter dem Eindruck einer stetig voranschreitenden Differenzierung der Geschichtswissenschaft zur institutionalisierten Aufgabe der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ geworden ist, findet hier einen frühen Bezug, der sich später organisatorisch verselbständigt und vielfältig entwickelt hat, damit auf jeden Fall aber den weit gesteckten Radius der Aufgaben verließ, welche die Historische Kommission sich seinerzeit gestellt hatte.

Eben dies gilt in vergleichbarer Hinsicht beispielsweise für Hermann Onckens große Dokumentation über „Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III.“, die in drei umfangreichen Bänden den Zeitraum von 1863 bis 1870 und den „Ursprung des Krieges von 1870/71 nach den Staatsakten von Österreich, Preußen und den süddeutschen Mittelstaaten“ rekonstruiert: Damit verweist sie zumindest auf jene großen Akteneditionen zur Geschichte der preußischen und deutschen Außenpolitik, die ursprünglich einmal von der Historischen Kommission besorgt werden sollten und die, denkt man nur an „Die Große Politik der europäischen Kabinette 1871–1914“, an die „Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945“ oder an die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“, durch andere Trägerschaften ihre Herausgabe gefunden haben. Und das ehrgeizige Streben nach mehr als nur nach einer Edition von Nachlässen zeigt sich auch noch in Heinrich von Srbiks fünfbandigen „Quellen zur deutschen Politik Österreichs 1859 bis 1866“, „dem Gegenstück zu der von der Historischen Reichskommission herausgegebenen und unvollendet gebliebenen ‚Auswärtigen Politik Preußens‘“.⁵

Gleichzeitig schält sich aber schon sehr früh, sozusagen als Kern ihrer Arbeit, das heraus, was der Abteilung „Deutsche Geschichtsquellen“ im Prinzip seit ihrer Begründung als zentrale Aufgabe zugeordnet war, sich nämlich der Edition von Briefen, Tagebüchern und Erinnerungen bedeutender Staatsmänner und Diplomaten, Militärs und Gelehrter zuzuwenden. In diesem Sinne erschienen, von Wilhelm Schüssler herausgegeben, bereits im Jahr 1920 „Die Tagebücher des Freiherrn Reinhard von Dalwigk zu Lichtenfels aus den Jahren 1860–1871“, jenes hessischen Ministers, der zu den zahlreichen Gegenspielern Bismarcks zählte und ihm schließlich doch wie so viele andere auch unterlag; ferner, nur ein Jahr darauf von Heinrich Ulmann besorgt, die „Denkwürdigkeiten aus dem Dienstleben“ des Freiherrn Karl Wilhelm Heinrich du Bos du Thil aus den Jahren 1803 bis 1848, der als hessen-darmstädtischer Minister ein entschiedener Gegner der liberalen Bewegung war und als Fachmann der

Verwaltung gleichwohl Bedeutendes geleistet hat; sodann der Briefwechsel, die Denkschriften und die Tagebücher des „Großherzogs Friedrich I. von Baden“, dessen maßgebliche Rolle für den Prozeß der Reichsgründung in den beiden, von Hermann Oncken 1927 vorgelegten und den Zeitraum der Jahre von 1854 bis 1871 umfassenden Bänden zutage tritt; und schließlich auch jene „Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit“ von Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, die Karl Alexander von Müller im Jahr 1931 unterbreitet hat. Damit sind nur einige Publikationen aus dem Zusammenhang der einschlägigen Ausgaben über Regierende benannt, die im übrigen, was ihre editorische Qualität angeht, ganz unterschiedlich ausfallen.

Eben dies trifft auch auf den Bereich der Editionen aus den Unterlagen von Diplomaten zu. Erwähnt seien an dieser Stelle allein die „Aufzeichnungen und Erinnerungen aus dem Leben des Botschafters Joseph Maria von Radowitz“, die Hajo Holborn – der Jahre später in die Emigration ging – der Forschung 1925 in zwei Bänden für die Jahre von 1839 bis 1877 und von 1878 bis 1890 zugänglich gemacht hat. Ähnliches läßt sich für die Beschäftigung mit den Nachlässen führender Militärs feststellen; die „Denkwürdigkeiten des General-Feldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee“ beispielsweise, die Heinrich Otto Meisner Anfang der zwanziger Jahre des zurückliegenden Jahrhunderts in drei Bänden vorgelegt hat, erscheinen inzwischen sogar arg korrekturbedürftig. Was schließlich die von Beginn an zum Aufgabenkanon der Abteilung zählenden Editionen von Gelehrtennachlässen betrifft, so ist nicht zuletzt auf den von Rudolf Hübner 1924 herausgegebenen zweibändigen Briefwechsel von „Johann Gustav Droysen“ zu verweisen. Zudem spiegeln die sechs Bände aus den „Nachgelassenen Briefen und Schriften“ von Ferdinand Lassalle Leben und Wirken eines sozialistischen Denkers, Theoretikers und Politikers im 19. Jahrhundert, der für die Geschichte der Sozialdemokratie maßgeblich war. Besorgt wurde die Herausgabe seiner Papiere von Gustav Mayer, der bei der historischen Zunft zeitlebens kaum Akzeptanz fand und der uns, weil er die Historische Kommission bis heute begleitet, später noch einmal begegnen wird.

Nach der Zäsur des Jahres 1945 wurden, vom Aufbruch der neuen Zeit gefordert und befördert, nicht zuletzt im Hinblick auf die Aufgaben der Abteilung „Deutsche Geschichtsquellen“ diverse, in sich ganz unterschiedliche, durchaus großzügig dimensionierte Forschungsvorhaben zur editorischen Erschließung der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts entworfen und beraten, die jedoch im Grunde allesamt nicht zum Zuge gekommen sind, zumindest nicht im Rahmen der Historischen Kommission. Vielmehr nahm die Arbeit der Abteilung ihren Fortgang mit dem 1954 von Willy Andreas in drei Bänden herausgegebenen „Politischen Briefwechsel des Herzogs und Großherzogs Carl August von Weimar“, der an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert das kleine Sachsen-Weimar zum Zentrum eines vom Geist des aufgeklärten Absolutismus regierten Musterstaates machte, Johann Wolfgang von Goethe mit einem Ministeramt betraute, Johann Gottfried Herder mit der Reform des Kirchen- und Schulwesens beauftragte und Friedrich Schiller an die Universität Jena berief. In diesen Zusammenhang der Edition aus den Nachlässen Regierender gehören auch die 1958 von Hellmut Kretzschmar bearbeiteten „Lebenserinnerungen des Königs Johann von Sachsen“ über die Jahre von 1801 bis 1854, der später, im Deutschen Krieg von 1866 auf seiten Österreichs gegen Preußen kämpfte und durch sein Exil große Popularität gewann. In bezug auf die Beschäftigung mit den Nachlässen von Diplomaten sind beispielsweise die von Willy Real 1981 publizierten Bände aus den Beständen des preußischen Diplomaten und Politikers „Karl Friedrich von Savigny“ zu nennen, der während der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts zu den engen Mitarbeitern Otto von Bismarcks gehörte und sich später als Repräsentant des Zentrums zu seinem scharfen Gegner entwickelte. In

diesem Kontext zu erwähnen ist auch die von Walter Bußmann besorgte, 1964 erschienene Edition der „Politischen Privatkorrespondenz“ Herbert von Bismarcks, der als Staatssekretär des Auswärtigen Amts der eigentliche Vertraute des Reichskanzlers war.

Was die „Militaria“ angeht, so fanden sie ihrerseits zum Beispiel durch die von Peter Rassow betreute Publikation des „Geheimen Kriegstagebuchs“ des später, 1883, zum preußischen Staats- und Kriegsminister ernannten Paul Bronsart von Schellendorf, der am Waffengang von 1870/71 als Chef der Operations-Abteilung im Großen Hauptquartier teilgenommen hatte, ebenso Berücksichtigung wie durch die von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen besorgte Ausgabe der „Lebenserinnerungen“ von Wilhelm Groener, der am Ende des Ersten Weltkriegs als Nachfolger Ludendorffs zum Ersten Generalquartiermeister aufstieg und danach der Weimarer Republik, nicht zuletzt in führenden Ministerämtern, loyal, ja aufopferungsvoll gedient hat. Bleibt der Hinweis auf die große Edition der „Schriften – Aufsätze – Studien – Briefe“ von Carl von Clausewitz, die Werner Hahlweg in mehreren Bänden vorgelegt und die in der wissenschaftlichen Welt viel Beachtung gefunden hat. Diese Feststellung trifft nicht minder zu, wenn „Das Tagebuch der Baronin Spitzemberg“, einer geborenen Freiin von Varnbühler und Gattin eines württembergischen Diplomaten, hervorzuheben ist. Ihre „Aufzeichnungen aus der Hofgesellschaft des Hohenzollernreiches“, von Rudolf Vierhaus ediert, wurden ein regelrechter Bucherfolg, der mehrere Auflagen erlebt hat. Für das Verständnis des Zweiten Kaiserreichs, vor allem aber der Ära Bismarck, werden dem Leser Einsichten zuteil, die – über die offiziellen Dokumente hinaus – einfach unverzichtbar sind, weil sie das Persönliche, das Zufällige und das Atmosphärische einer Zeit spiegeln, das sich aus der geregelten Sprache der staatlichen bzw. diplomatischen Überlieferung oftmals nicht erschließen läßt.

Wenn die Abteilung dem Zeitraum der Jahre von 1871 bis 1918 ohnehin schon viel Beachtung geschenkt hatte, so wurde diese Tendenz ihrer Arbeit im Zuge der so genannten „Fischer-Kontroverse“ noch einmal verstärkt. Als der Hamburger Historiker Fritz Fischer mit seiner Darstellung „Griff nach der Weltmacht“ im Jahr 1961 erneut die Frage nach der Kriegsschuld vom Sommer 1914 aufgeworfen und die Kontinuität deutscher Außenpolitik von Bismarck bis Hitler postuliert hatte, rückte die Geschichte des Kaiserreichs noch stärker in den Mittelpunkt der editorischen Aufmerksamkeit: 1972 legte Karl Dietrich Erdmann das der Forschung bis dato nicht zur Verfügung stehende „Riezler-Tagebuch“ vor, das durch die Aufzeichnungen des persönlichen Sekretärs Theobald von Bethmann Hollwegs Einblick in die Gedankenbildung des 1914 verantwortlichen Reichskanzlers gewährt. Diese Intensivierung der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Kaiserreich schlug sich zudem in der Edition des „Briefwechsels“ zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten Georg Graf von Hertling und dem bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld nieder, den Ernst Deuerlein ein Jahr darauf in zwei Teilen herausgegeben hat; sie dokumentierte sich ferner in der nur wenige Jahre später von Gerhard Ebel betreuten Veröffentlichung der „Nachgelassenen Papiere“ von „Botschafter Paul Graf von Hatzfeldt“, der bis zu seinem Tod, kurz nach der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, zu den führenden Diplomaten und Englandexperten der Ära Bismarck und der wilhelminischen Zeit gehört hatte; sie trat schließlich zutage in der zwischen 1976 und 1983 in drei Bänden von John Röhl unterbreiteten Publikation von „Philipp Eulenburgs politischer Korespondenz“, der über viele Jahre lang der engste Freund Kaiser Wilhelms II. gewesen war; und sie zeigte sich, last but by no means least, auch darin, daß eine mächtige Stimme der wilhelminischen Publizistik erneut zu Gehör gebracht wurde, als Bernd Söseman die Tagebücher von „Theodor Wolff“ aus der Zeit des

Ersten Weltkriegs und den Anfängen der Weimarer Republik in einer vorbildlichen Edition zugänglich machte.

Staatsmänner und Diplomaten, Militärs und Gelehrte standen und stehen, neben anderen Untersuchungsgegenständen aus den knapp einundeinhalb Jahrhunderten zwischen der preußischen Reformzeit und dem Zweiten Weltkrieg, auch während der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts bis heute im Zentrum des wissenschaftlichen Interesses der Abteilung. Die von Walter Bussmann und Günther Grünthal 1993 vorgelegte Auswahl der Briefe des Historikers „Siegfried A. Kaehler“ aus den Jahren von 1900 bis 1963, dessen ungewöhnlich umfangreiches und mit literarischer Sorgfalt gestaltetes Briefwerk zeitlebens das „Rätsel der deutschen Geschichte“ im 20. Jahrhundert umkreiste, spricht dafür ebenso wie die von Folker Reichert und Eike Wolgast besorgte, 2004 veröffentlichte Edition des „Kriegstagebuchs“ des Mediävisten Karl Hampe, der die Jahre von 1914 bis 1919 aus den unterschiedlichsten Perspektiven der Betrachtung Revue passieren läßt, vom universitären Leben unter den Bedingungen des Ersten Weltkriegs bis hin zum alltäglichen Überlebenskampf in der Heimat, der auch vor bürgerlich situierten Milieus nicht Halt machte.

Auf der Grenze zwischen „Staatskunst und Kriegshandwerk“ bewegte sich zeit seines Lebens „Paul von Hintze“, Marineoffizier, Diplomat und schließlich Staatssekretär des Auswärtigen Amtes im Ersten Weltkrieg: Seine Briefe und Schriften, die vor allem über die weltgeschichtliche Zäsur des Jahres 1917/18 und den Friedensschluß von Brest-Litowsk Auskunft geben, hat Johannes Hürter im Jahr 1998 zur Publikation gebracht. Und schließlich ist noch auf die vorläufig neueste Edition der Abteilung kurz einzugehen, die Holger Afflerbach besorgt und die bereits unmittelbar nach ihrem Erscheinen im Jahr 2005 über den engeren Rahmen der Geschichtswissenschaft hinaus viel Aufmerksamkeit in der interessierten Öffentlichkeit gefunden hat.⁶ Sie unterbreitet „Quellen aus der militärischen Umgebung Kaiser Wilhelms II. 1914–1918“, die lange als verschollen gegolten hatten. Sowohl das Tagebuch des Generalobersten Hans Georg von Plessen als auch die Kriegsbriefe Moriz Freiherr von Lynckers, die während des Ersten Weltkriegs beide zur engsten Umgebung des Kaisers gehörten, vermitteln bislang unbekannte Aufschlüsse über den letzten Monarchen der Hohenzollerndynastie, die angesichts der verantwortungslosen Oberflächlichkeit des „Obersten Kriegsherrn“ geradezu erschütternd wirken.

III. Perspektiven

Mit einem Wort Leopold Rankes ist abschließend zu berichten „Von dem, was noch zu tun sei“.⁷ Im Zentrum der wissenschaftlichen Tätigkeit der Abteilung steht gegenwärtig die Beschäftigung mit den Nachlässen bedeutender Gelehrter der Geschichts- und Sozialwissenschaften. Eine Edition aus dem Briefwechsel zwischen Theodor Mommsen und Friedrich Althoff, dem Althistoriker und Organisator historischer Großforschung an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert und dem diese Bestrebungen mächtig fördernden Ministerialdirektor im preußischen Kultusministerium, nähert sich dem Abschluß. Eben dies gilt für die Herausgabe einschlägiger Schriften aus der Feder des Historikers Gustav Mayer, dessen editorische Auseinandersetzung mit dem Werk von Ferdinand Lassalle uns bei der Betrachtung über die Anfänge der „Deutschen Geschichtsquellen“ bereits begegnet ist.

Editionen aus den Nachlässen des Nationalökonomen und Sozialwissenschaftlers Werner Sombart, dessen Bedeutung für die Entwicklung der Wissenschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert nicht eigens zu betonen ist, sowie der Mediävisten Johannes Haller und Alexander Cartellieri, deren private Papiere weit über das Fachliche hinaus spezifische Einsichten in die windungsreiche Geschichte

des 20. Jahrhunderts bereithalten, befinden sich in Vorbereitung. Einer maßgeblichen Tendenz der Zeit und dem entsprechenden Gang der Forschung gemäß sollen zudem die Nachlässe bedeutender Repräsentanten des wirtschaftlichen Lebens zukünftig ins Blickfeld genommen werden. Durch eine kürzlich erschienene, auf den Zeitraum des Ersten Weltkriegs bezogene Dissertation über den Geheimrat Carl Duisberg,⁸ den maßgeblichen Mitbegründer des heutigen Unternehmens „Bayer AG“ in Leverkusen, angeregt, könnte es beispielsweise lohnend sein, sich editorisch einmal des ungemein reichhaltigen Briefwerks anzunehmen, das diese Ausnahmeerscheinung der deutschen Industrie der Nachwelt hinterlassen hat.

Aus dem, was dargelegt worden ist, mag hervorgegangen sein, daß die bevorzugte Aufgabe der Abteilung „Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts“ darin liegt, Nachlässe historischer Persönlichkeiten editorisch aufzubereiten. Dabei wird ihre wissenschaftliche Arbeit, für die Entwurfsplanung und Finderglück gleichermaßen bestimmend sind, immer von dem Gedanken geleitet, auf gar keinen Fall die großen Editionen staatlicher und öffentlicher Provenienz ersetzen oder überflüssig machen zu wollen. Vielmehr geht es darum, gerade deren unverzichtbare Erträge zu illustrieren und zu verfeinern, zu ergänzen sowie hier und da auch zu korrigieren. Denn wo die Protokollsprache eine neutrale Wendung bevorzugen muß, kann der persönliche Brief oder der Eintrag ins Tagebuch erläuternd wirken; wo die Analyse der Sache einen Gegensatz der Kontrahenten oftmals nicht zureichend zu erklären imstande ist, wird die möglicherweise dahinterstehende persönliche Spannung eben durch den Blick in das nicht für die Öffentlichkeit vorgesehene Schriftgut zuweilen sichtbar; wo der offizielle Text nicht selten manche Frage offen läßt, kann die atmosphärische Illustration möglicherweise zur Antwort beitragen. Insofern dienen die Editionen der Abteilung „Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts“ in besonderem Maße dem, was der Historiker Hermann Oncken, von 1923 bis 1928 Leiter dieser Abteilung, einmal in allgemeiner Absicht postuliert hat: „Das Wesen der Geschichte ist die Nuance“.

Klaus Hildebrand

Anmerkungen

- 1 Zitiert bei Theodor Schieder, *Organisation und Organisationen der Geschichtswissenschaft: 125 Jahre Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften*, in: *Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1858–1983*, München 1984, S. 31.
- 2 Statut der Historischen Kommission bei der Königlich Bayerischen Akademie der Wissenschaften vom 25. November 1858, in: *Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1858–1983*, München 1984, S. 48.
- 3 Schieder, *Organisation*, S. 31.
- 4 Zitiert bei Peter Rassow, *Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts*, in: *Die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1858–1958*, Göttingen 1958, S. 184 ff.
- 5 Schieder, *Organisation*, S. 36.
- 6 Vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 30. November 2005, S. 16: „Sachbücher im Dezember“.
- 7 Zitiert nach Franz Schnabel, *Die Idee und die Erscheinung*, in: *Die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1858–1958*, Göttingen 1958, S. 39.
- 8 Thomas Portz, *Großindustrie, Kriegszielbewegung und OHL, Siegfrieden und die deutsche Außenpolitik im Ersten Weltkrieg*, Erlangen 2000.

Forschungen zur deutschen Sozialgeschichte

Abteilungsleitung: Prof. Dr. Dieter Langewiesche

1. Der sozialgeschichtliche Aufbruch der 1960er Jahre und die Historische Kommission

Geschichte von der Gesellschaft her untersuchen, nicht aus der Sicht der Politik, gar aus dem Handeln „großer Männer“ – dieser Anspruch verband sich mit „Sozialgeschichte“, als dieses Wort in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts zu einem Programm wurde, das sich den Umbau der Geschichtswissenschaft auf die Fahne geschrieben hatte. Noch entschiedener verdichtete sich dieser Veränderungswille in den Kampfbegriffen „Gesellschaftsgeschichte“ und „Historische Sozialwissenschaft“. Die Geschichte sollte durch einen radikalen Perspektivenwechsel ein anderes Gesicht erhalten.

Diese Erwartung hat sich durchaus erfüllt, allerdings anders als vorgesehen. Im Rückblick wird man die sozialgeschichtlich bestimmte historiographische „Wende um 1960“, von der Werner Conze 1976 in seinem Vortrag „Die deutsche Geschichtswissenschaft seit 1945“¹ auf dem Deutschen Historikertag von 1976 gesprochen hatte, als Auftakt zu einer rasch fortschreitenden Pluralisierung des Fachs Geschichte in Deutschland verstehen dürfen. Das historische Interesse richtet sich – das ist ein internationaler Trend – auf immer weitere Bereiche des menschlichen Lebens. Nichts ist ausgeschlossen. Einseitig auf die „große Politik“ fixiert war das Fach auch zuvor nie. Aber es gab doch einen Konsens, welche Lebensbereiche im Zentrum stehen sollten. Er entstand stets aus der Gesellschaft heraus. Sie entschied, welche Kräfte ihr als geschichtsmächtig galten. Einheitlich fielen diese Entscheidungen nie aus. Die Geschichtswissenschaft nahm diese Schwerpunkte auf, auch dies nicht selten im Konflikt, doch manche blieben lange ausgesperrt oder an den Rand gedrängt. So bot die Gesellschaft des deutschen Kaiserreichs katholischen, marxistischen oder jüdischen Geschichtsdeutungen bereits einen Absatzmarkt, als sich die Geschichtswissenschaft an den Universitäten ihnen noch verschloß.

Solche Blockaden aus der Universität und dem Fach heraus sind heute nicht mehr möglich. Dazu ist die deutsche Gesellschaft zu offen und ihre Geschichtswissenschaft zu international. Die Geschichtslandschaft ist unüberschaubar bunt geworden und mit ihr die Geschichtswissenschaft. Schnell wechselnde, kurzlebige *turns* werden als Programmfahne aufgesteckt, hinter der sich eine internationale Schar von Innovatoren sammelt, bis dann die nächste Fahne gehißt wird und die Karawane weiterzieht. Diesen Reiz des Neuen hat die Sozialgeschichte längst verloren. Sie ist zu einem etablierten Zugang zur Geschichte geworden, der heute einen festen Ort im Methoden- und Theoriearsenal des Fachs Geschichte innehat und unaufgeregt angewendet wird. Und wenn man andere Ansätze vorzieht, so bedarf dies keines Gestus der Erneuerung mehr. Die Geschichtswissenschaft hat sich in ihrer neuen vielgestaltigen Unübersichtlichkeit eingerichtet. Die Stimme erheben müssen nur die Verkünder eines neuen „turns“, um Gehör zu finden auf dem Wissenschaftsmarkt und in den Feuilletons als Brücken zu einem allgemeinen Publikum, das die Historiker im Unterschied zu manchen geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern nie aus den Augen verloren haben.

Als die Historische Kommission 1962 unter der Leitung von Werner Conze eine Abteilung „Forschungen zur deutschen Sozialgeschichte“ einrichtete – erste Überlegungen dazu hatte es in der Kommission bereits ein Jahrzehnt zuvor gegeben –, fügte sich dies zwar in den sozialgeschichtlichen Aufbruch dieses Jahrzehnts ein, nicht aber in die Kampffront, die unter dem Begriff Sozialgeschichte entstanden war. Die Kommission wollte mit dieser Gründung weder das Fach insgesamt noch ihre

eigene Arbeit neu ausrichten. Geplant war eine begrenzte Erweiterung des Forschungsfeldes, das mit einem wirtschafts- und sozialstatistischen Grundlagenwerk zur deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts fundiert werden sollte. Davon zeugen insbesondere die fünf Bände „Quellen zur Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsstatistik Deutschlands 1815–1875“.² Ihnen folgten sieben Bände zur „Säkularisation und Mediatisierung in den vier rheinischen Departements 1803–1813“.³ Daneben und danach erschienen auch Monographien zu sozialgeschichtlichen Themen und noch weitere Quelleneditionen,⁴ und gerade kam ein weiterer Band (Rüdiger Hachtmann [Hg.], „Ein Koloß auf tönernen Füßen“) heraus, der sich auf der Grundlage eines kritischen zeitgenössischen Gutachtens intensiv mit der Deutschen Arbeitsfront, der mitgliederstärksten Organisation des „Dritten Reiches“, befaßt.

Ein deutliches Profil entwickelte diese Abteilung jedoch nicht. Dies lag nicht nur daran, daß der Historischen Kommission die Mittel fehlten, um Mitarbeiter mit diesem spät hinzugekommenen Forschungsfeld kontinuierlich zu betrauen. Wichtiger noch dürfte gewesen sein: Sozialgeschichte besitzt kein fest umrissenes Themenfeld. Es auf Statistiken zu gesellschaftlichen Entwicklungen oder auf Sozialpolitik festzulegen, wäre ein Mißverständnis. Sozialgeschichte, wie sie seit den 1960er Jahren etabliert worden ist, versteht sich als ein spezifischer Zugang zur geschichtlichen Entwicklung, und dieser Zugang, der von der Gesellschaft her die Geschichte verstehen will, ist nicht thematisch begrenzt. Aus diesem Grunde konnte die Abteilung Sozialgeschichte unter ihren Leitern Werner Conze (1962–1982), Wolfgang Zorn (1982–1993) und Gerhard A. Ritter (1993–2001) keine festen Arbeitsfelder abstecken, die sich mit dem Ziel hätten erschließen lassen, eine umfassende Quellengrundlage zur sozialhistorischen Erforschung der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts bereitzustellen. Es kann immer nur um die Konzentration auf einige wenige ausgewählte Bereiche gehen. Das wird auch in Zukunft nicht anders werden. Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte bilden zur Zeit einen Schwerpunkt, der mit Drittmittelprojekten bearbeitet werden muß. Mitarbeiter aus dem schrumpfenden regulären Etat der Kommission stehen nicht zur Verfügung.

2. Rektoratsreden Online: bibliographische Erschließung und Textpräsentation

Im 19. Jahrhundert wurde es für Hochschulrektoren zur festen Gewohnheit, bei ihrem Amtsantritt und an universitären oder allgemeinen Festtagen eine Rede zu halten. Sie wandte sich nicht nur an die Mitglieder der Universität. Der Rektor sprach als Repräsentant seiner Universität und der gesamten Wissenschaft zu einem Publikum von Gebildeten, das sich mit der Universität verbunden wußte.

Die Reden der Rektoren bieten nuancenreiche Einblicke in die Topographie der Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte. Dennoch sind sie bisher noch nie systematisch untersucht und nicht einmal bibliographisch erfaßt worden. Als Gesamtheit bilden sie eine Terra incognita. Sie will die Historische Kommission mit ihrem Projekt Rektoratsreden sichtbar machen und der Forschung erschließen. In einem ersten Schritt, der gegenwärtig getan wird, werden die Reden an Hochschulen, einschließlich der technischen, im deutschen Sprachraum und in der gesamten Schweiz bibliographisch erfaßt.⁵ Die Bibliographie wird über die Homepage der Historischen Kommission allgemein zugänglich gemacht werden. Die Reden an Schweizer Universitäten werden darüber hinaus zur Zeit digitalisiert und dann ebenfalls online zur Verfügung stehen. Ob dies auch für die Reden an den anderen Universitäten zu finanzieren sein wird, läßt sich noch nicht absehen. Eine Alternative oder auch eine Ergänzung könnten Auswahleditionen sein. In dem Projekt und in seinem Umfeld entstehen zudem mehrere Monographien auf der Grundlage des erschlossenen Materials.

Die Rektoratsreden lassen im deutschen Sprachraum eine homogene Hochschullandschaft erkennen, in der man sich untereinander verbunden fühlte und wechselseitig beobachtete. Die Rektoren nehmen auf, was anderswo gesagt wurde, vergleichen die eigene Universität mit anderen, gehen auf fachliche Schwerpunkte oder staatliche Förderungen ein, und vieles mehr. Diese Tradition scheint Ende der 1960er Jahr auszulaufen. Ein Bündel von Ursachen dürfte dazu beigetragen haben: Die Universität wuchs quantitativ, und ihre Zahl stieg. Sie entwickelte sich nun vollends zu einem Großunternehmen, das sich nicht mehr in einer Rektoratsrede präsentiert, sondern einen detaillierten Geschäftsbericht vorlegt. Von ihm erwartet niemand Aufschluß über die geistige Gestalt Universität. Sie zerfloß, so schien es, angesichts des quantitativen Wachstums und der inneren Differenzierung, in der sich eine Einheit kaum noch erkennen ließ. Die politische Kritik an der Universität in der 68er-Bewegung wird ebenfalls dazu beigetragen haben, daß die Tradition der Rektoratsrede als eine Form universitärer Selbstvergewisserung über die Universitätsmauern hinweg nicht fortgeführt wurde. Und schließlich veränderte sich das Verhältnis von Universität und Wissenschaft zur Öffentlichkeit so grundlegend, daß die überlieferten Formen, in denen die Universität dieses Gespräch suchte, nicht mehr griffen.⁶ Ob das Bemühen der gegenwärtigen Hochschulen, ihre Absolventen an sich zu binden und sich in der Öffentlichkeit zu verankern, zu einer Renaissance der Rede über sich selbst führen wird, bleibt abzuwarten. Sie müßte dann mit anderen Foren konkurrieren, auf denen die Universitäten ihren angestammten Raum unter großem öffentlichen Zuspruch überschreiten, etwa in Gestalt der Kinderuniversität oder der „Nacht der Wissenschaft“.

Die Rektoratsreden lassen sich, soweit dies nach dem jetzigen Stand der Forschung beurteilt werden kann, inhaltlich fünf Hauptgattungen zuordnen:

- 1) Universitäts- und wissenschaftspolitische sowie bildungsphilosophische Reflexionen. Hier geht es u. a. um das Spezifische der deutschen Universität gegenüber dem Ausland, die Einheit der universitären Wissenschaften trotz auseinanderstrebender Einzeldisziplinen oder den Bildungswert forschenden Lehrens und Lernens. Ab etwa der Mitte des 19. Jahrhunderts ringen Vertreter der klassischen Philosophischen Fakultät mit den *homines novi* der Naturwissenschaften um Begriffsinhalte und Ziele von „Bildung“ und „Universität“. Seit dem Ende des Ersten Weltkriegs wird die Rolle von Universität und Wissenschaft unter den neuen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen erörtert.
- 2) Wertungen der großen, die gesamte Gesellschaft bewegenden Ereignisse wie der Revolution 1848/49, die Reichseinigung 1867/71, Kriegsausbruch 1914 und Folgen der Niederlage, „Machtergreifung“ 1933, „Anschluß“ 1938, „Zusammenbruch“ 1945.
- 3) Stellungnahmen zu Tagesfragen, die vor allem die Universitäten bewegten, wie Erziehung der Studierenden, Frauenstudium, Mittelknappheit oder Schließungsgefahr.
- 4) Beiträge zur Geschichte der eigenen Universität oder einzelner Fakultäten und Institute.
- 5) Erörterung komplexer Fragen des Fachs, das der Redner vertritt, für eine breitere Öffentlichkeit.

Die Öffentlichkeit und die Medienpräsenz bewirkten oft eine überraschend schnelle Verbreitung der Rektoratsreden oder doch ihrer jeweiligen Kernaussagen. Teils wurden die Reden in der Tagespresse veröffentlicht, teils in den Fachorganen einzelner Disziplinen. So druckten viele Zeitungen Auszüge aus Emil Du Bois-Reymonds Berliner Rektoratsrede „Goethe und kein Ende“ von 1882 und noch im selben Jahr erschien eine französische Übersetzung. Die Rede, so der Autor rückblickend, „hat einen Sturm wider mich entfesselt [...] eine Flut entrüsteter, verachtender, höhnischer Artikel“.⁷

3. Rektoratsreden in Jena vom späten 19. Jahrhundert bis 1948 – ein Fallbeispiel⁸

An einem Beispiel, der Universität Jena, sollen einige Aspekte universitärer Selbstdarstellung in einer Zeit der tiefen politischen und gesellschaftlichen Umbrüche skizziert werden.

Die Jenaer Rektoratsreden blickten meist zurück in die Vergangenheit. Das war jedoch kein Rückzug ins Gestrige und keine Gegenwartsverweigerung. Die Geschichte galt vielmehr als empirisch beglaubigter Wegweiser in die Zukunft und als Maßstab für die eigene Bedeutung in der Gegenwart. Für eine alte, traditionsreiche Institution lag es nahe, so vorzugehen; es war jedoch riskant in einer Zeit, in der sich so vieles völlig veränderte, die Gegenwart als Bruch mit der Vergangenheit erscheinen konnte oder dieser Bruch politisch gefordert wurde. Mit diesem Problem von Dauer und Wandel, Kontinuität und Zäsur setzten sich die Rektoren bzw. bis 1918 die Prorektoren – *Rector Magnificentissimus* blieb bis zum Ende der monarchischen Ära der Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach – in ihren Reden auseinander.

In dreifacher Weise suchten die Jenaer Rektoratsreden die Bedeutung der Universität in Geschichte und Gegenwart einzuschätzen:

1. Sie schauten auf die großen Entwicklungen in Staat und Gesellschaft und bestimmten den spezifischen Ort der thüringischen Länder und der Universität Jena in diesem historischen Geschehen. Die Universität in ihrem politischen, gesellschaftlichen, kulturellen Umfeld ist die Leitlinie dieses Typus von Rektoratsrede.
2. Sie betrachteten die Universität als Institution. Es ging um ihre innere Gestalt, ihre Bauform. Äußere Bedingungen wurden einbezogen, doch der Fokus war institutionell nach innen gerichtet.
3. Sie präsentierten einen wissenschaftlichen Bereich – ein ganzes Fach, einen Ausschnitt daraus oder ein bestimmtes Problem –, anhand dessen der Redner meinte, einem fachfremden Publikum die Bedeutung der eigenen Disziplin für die Universität und für die gesamte Gesellschaft einsichtig machen zu können.

Die Universität zeigt sich in diesem dritten Redetypus als ein Ensemble wissenschaftlicher Vielfalt. Dies war ein wichtiges Anliegen in einer Zeit, in der – so eine Dauerklage bis heute – die unaufhaltsame Spezialisierung in der Wissenschaft die alte Einheit der Universität zu zerstören droht. Diesem Prozeß hoffte man in Deutschland um 1900 mit der „Erfindung der Humboldtschen Universität“ (S. Paletschek) – genauer: mit der Erfindung dieses Leitbildes – eine neue einheitsstiftende Vision entgegenstellen zu können.⁹ Die Jenaer Rektoratsreden erwähnten sie jedoch kein einziges Mal. Das war keine Jenaer Besonderheit. Die Berliner Universität diente nicht als Maßstab, an dem sich die Hochschulentwicklung Deutschlands im 19. Jahrhundert ausgerichtet hätte. Dazu ist sie erst im Rückblick umgedeutet worden, eine retrospektive Zukunftskonstruktion aus einer Krisenstimmung heraus. Um es scharf zuzuspitzen: Das Leitbild „Humboldtsche Universität“ entstand als eine Erzählung der Nationalgeschichte, nicht als ein Ereignis der Universitätsgeschichte. Der nationalpolitische Ursprungsmythos, der die Hauptstadt des deutschen Nationalstaates als Geburtsort der modernen Universität feiert, ergänzt als hochschulpolitische Seitenlinie den borussischen Nationalmythos, der die deutsche Nation dem Geiste Preußens entspringen sieht.

Diese nationalpolitische Meistererzählung haben die Jenaer Rektoratsreden nicht nachvollzogen. Auch sie zielten auf das, was dieser Topos Humboldt im Kern bis heute meint – die Universität als eine Stätte von Forschung *und* Lehre –, ohne ihn jedoch mit diesem Namen zu benennen und damit als eine preußische Erfindung auszuflaggen. In der Ausrichtung aller Universitätsangehörigen auf

Forschung sahen die Rektoren die Einheit der Universität garantiert. Die Studierenden haben sie in diese Forschungsgemeinschaft einbezogen, denn die Jenaer Rektoratsreden beschworen Forschung als Bildungsmacht. Bildung durch Forschung – darin sahen sie die Einheit der Universität verbürgt in einer Zeit, in der die Wissenschaft sich stärker und schneller spezialisierte als je zuvor. Wenn in einer solchen Situation der neuen Unübersichtlichkeit, dauerhaft und zugleich sprunghaft zunehmend, der oberste Repräsentant der Universität sein Fach der Öffentlichkeit vorstellte, dann versicherte sich die Universität ihres Willens zur Einheit und ihrer Fähigkeit dazu.

Die Rektoratsreden hatten also die Aufgabe, den Ort der Universität in der Gegenwart zu bestimmen, und sie taten das, in Jena wie an den anderen deutschen Universitäten, in drei Richtungen: die Universität in Staat und Gesellschaft, die Universität als Institution, die Universität als Stätte der Forschung und deshalb – davon zeigten sich die universitären Selbstbilder überzeugt – auch der Ort von Bildung durch Forschung.

Der Redetypus Universität und Umwelt und die Frage nach der Rolle Jenas in dem ständigen Austauschprozeß zwischen Umwelt und Hochschule läßt sich als die Suche nach dem Ort des Kleinstaates und seiner Institution Universität in der deutschen Geschichte lesen. Diejenigen Jenaer Rektoratsreden, die sich im Kaiserreich mit der deutschen Geschichte auseinandersetzten, entwarfen eine Symbiose von deutscher Nation und Einzelstaat. Sie malten das Bild einer föderativen Nation, die nicht den *einen* Zentralort kennt, vor allem nicht den *einen* geistigen Zentralort, eine föderative Nation vielmehr, in der die Zentren von staatlicher Macht und Kultur entkoppelt sind.¹⁰ Und deshalb konnte die politische Provinz zum geistigen Zentrum und zum Ort höchster nationaler Bedeutung werden.

Die Machtprovinz als geistiges Weltzentrum und dessen kulturelle und politische Bedeutsamkeit für die deutsche Nation lautete das Zentralmotiv der Jenaer Rektoratsreden im gesamten Zeitraum über alle politische Zäsuren hinweg, sogar noch in der ersten genuin nationalsozialistischen Rektoratsrede von 1935.

Bei allen Unterschieden zwischen den Rektorats- und Universitätsreden der republikanischen und der nationalsozialistischen Zeit – in dem Willen zum offenen politischen Bekenntnis unterscheiden sie sich gemeinsam grundlegend von der universitären Bildungskonzeption, welche die Reden im Kaiserreich gekennzeichnet hatte. Die Universität war nun in den Reden ihrer Repräsentanten, mit denen sie sich an die Öffentlichkeit innerhalb und außerhalb der Hochschule wandte, zu einer politischen Institution geworden, die sich zu einem politischen Bildungsauftrag bekannte. Die Vorstellung von Bildung, die der Praktische Theologe Wolf Meyer-Erlach 1935 in der ersten durch und durch nationalsozialistischen Rektoratsrede in Jena bekundete, ließ jedoch von dem emphatischen Bekenntnis zum Bildungsauftrag der Universität für die Menschheit, der in Reden vor 1933 trotz ihrer nationalen Verengung noch präsent blieb, nichts übrig. Als einen Widerruf der Einheit von Forschung und Bildung, Bildung durch Forschung mußten die Zeitgenossen jedoch nicht einmal diese Rede verstehen. Das Programm der politischen Universität, wie es der NS-Führerrektor 1935 entwarf, verlangte zwar nach einer „gründlichen Reform der Studien auf den Universitäten“, doch keinen Abstieg aus der „wissenschaftlichen Höhenlage“.¹¹ Höchstes Wissen galt ihm auch weiterhin als Ziel universitärer Ausbildung – aber das richtige Wissen. Das allerdings werde nicht allein durch forschendes Lernen erworben. „Nicht die großen Wissenden, sondern die großen Wollenden, die großen Glaubenden haben Volksgeschichte und Weltgeschichte gestaltet.“¹² Selbst diesen Aufruf zur Tat in der NS-gläubigen Rektoratsrede von 1935 muß man nicht als einen gänzlichen Gegenentwurf zum traditionellen Selbst-

bild der Universität sehen. Das kämpferische Gegenbild trat vielmehr in Reden auf, die außerhalb des universitären Festkalenders von Aktivisten des Nationalsozialismus gehalten wurden.

Bildung erwächst hier nicht mehr von selbst aus Forschung gleich welcher Art; sie erfordert vielmehr auch an der Hochschule, die bis 1933 weiterhin als ein Ort fern jeder Parteipolitik gedacht wurde, Bekenntnis zu einem festen Standort in den politischen und weltanschaulichen Kämpfen der Gegenwart. Das war neu nach dem Ersten Weltkrieg. Die Selbstsicherheit, mit der die Universität Bildung aus Forschung hervorgehen sah, überlebte das Kaiserreich nicht. Bildung erhielt nun im universitären Selbstbild eine zweite Grundlage: Neben Persönlichkeitsbildung durch Forschung als die methodisch angeleitete Suche nach dem noch Unbekannten trat die ethisch fundierte Formung des Einzelnen durch seine Entscheidung in den weltanschaulichen Gegensätzen der Gegenwart.

Die Universität als Fortschrittskraft für die gesamte Gesellschaft, als Bildungsstätte der Elite und als ein Zentralort für die Nation auf ihrem Weg in die Zukunft – dies war der Kern des Selbstbildes der deutschen Universität. Nun wurde es neu justiert. Mehr werden vermutlich – eine Rezeptionsanalyse wäre hier notwendig – die meisten Dozenten in Jena (und anderswo) darin in den Anfangsjahren des NS-Staates nicht gesehen haben, und die meisten dürften in der vermeintlich nationalen Ausrichtung einen neuen Anlauf zu einem alten Ziele erhofft haben. In den Dienst der Nation hatten sie sich stets gestellt. Die deutsche Universität als nationale Institution – davon zehrte das Selbstbild Jenas stärker wohl als bei jeder anderen Hochschule. Denn die Ursprungslegende der deutschen Nation wies Jena einen privilegierten Ort zu. Keine gute Voraussetzung, um der nationalsozialistischen Umdeutung dieser Tradition zu widerstehen.

Mit diesem Problem setzten sich die ersten Rektoratsreden nach dem Zweiten Weltkrieg in Jena nicht auseinander. Als die Universität 1947 die Tradition der „Preisverteilungsfeier“ wieder aufnahm, hielt der Biologe Jürgen W. Harms einen Fachvortrag ohne jeden Seitenblick in die jüngste Vergangenheit. Sie fand nur in seinem Schlußsatz einen schwachen Nachhall, der es nahelegte, die Hochschule im Nationalsozialismus als von nicht-wissenschaftlichen Mächten überwältigt zu sehen: „Die reine Wissenschaft als Problemforschung muß stets auch unbeeinflusst von allen Tagesmeinungen ihren Weg gehen. Doktrinen sind immer der Tod der Forschung gewesen.“¹³

Erst 1948 nahm der Physiker Friedrich Hund in seiner Rektoratsrede das alte universitäre Leitmotiv Bildung durch Forschung wieder auf. Vom Gebildeten verlangte er „einen Einklang seines bewußten Denkens mit seinem unbewußten Handeln. Und es gehört zur allgemeinen Bildung, wenn dieser Einklang über die Gegebenheiten des engeren Berufes und über fachliche Begrenzung hinausgeht.“¹⁴ Aufgabe der Universität und jeder einzelnen Wissenschaft sei es, den „geistig Führenden“ eine „Gesamtbildung“ und ein „Gesamtbewußtsein“ zu ermöglichen.¹⁵ Darunter verstand er die „Formung einer wissenschaftlichen Haltung“,¹⁶ die sein Fach, die Physik, leiste, indem es dem Menschen empirisch begründete Einsichten in die Natur bietet. Wie seine Vorgänger in der Zeit, als die Universität sich noch im Einklang mit ihrer politischen Umwelt wußte, vertraute auch Hund auf die Persönlichkeitsbildung durch „ernsthafte wissenschaftliche Arbeit“. Sie führe „zu einer besonderen Art des persönlichen Verhaltens. Sie ermöglicht ein Denken unter zeitweiliger Aufhebung der eigenen Wünsche, unter Absehung vom jeweiligen eigenen Willen. Nur so besteht Hoffnung, ungetrübt die Wirklichkeit zu erkennen.“ Und zwar offen für „die noch nicht bekannte Wirklichkeit“, verbunden mit der Scheu vor zu schnellen Synthesen und „endgültigen Behauptungen“.¹⁷

Das Fachstudium als bester Weg zur allgemeinen Bildung – mit dieser Maxime, die der Jenaer Rektor am Beispiel seiner Disziplin anschaulich machen wollte, als er sein Publikum 1948 in die Ge-

schichte der modernen Physik einführte, vergewisserte sich die Universität einer Tradition, die sie für zukunftsfähig hielt. Daß dieses alte Leitbild einer wissenschaftlich fundierten Bildung zu keiner Zeit in der Lage gewesen ist, politische Urteilsfähigkeit zu sichern, weder bei den Studenten noch bei den Professoren, blieb den Jenaer Repräsentanten der Universität verschlossen. Zumindest sprachen sie nicht darüber, auch nicht in den ersten Jahren nach der nationalsozialistischen Herrschaft, der die deutschen Hochschulen und die wissenschaftliche Bildung, die sie vermittelten, politisch und ethisch nichts entgegenzusetzen vermocht hatten.

Dieter Langewiesche

Anmerkungen

- 1 Historische Zeitschrift 225 (1977) 1–28, 13.
- 2 Quellen zur Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsstatistik Deutschlands 1815–1875. 5 Bände. Hrsg. Wolfgang Köllmann. Bearb. Antje Kraus. Boppard a. Rh. 1980–1995.
- 3 Säkularisation und Mediatisierung in den vier rheinischen Departements 1803–1813. Edition des Datenmaterials der zu veräußernden Nationalgüter. 5 Bände. Hrsg. Wolfgang Schieder, datentechnisch aufbereitet v. Manfred Koltes. Boppard 1991.
- 4 Die Homepage der Bayerischen Akademie der Wissenschaften weist alle Publikationen nach: <http://www.badw.de/old/publikat/rahmp.htm>.
- 5 Das Projekt wird von Dieter Langewiesche (Tübingen) und Rainer C. Schwinges (Bern) im Auftrag der Historischen Kommission und in Kooperation mit Rüdiger vom Bruch (Berlin), Alois Kernbauer (Graz) und Bernd-A. Rusinek (Düsseldorf) geleitet. In Bern werden alle Reden, die an Schweizer Universitäten gehalten wurden, bearbeitet, in Tübingen alle anderen Reden: Universitäten im Deutschen Bund, im deutschen Kaiserreich und in den deutschsprachigen Gebieten der Habsburgermonarchie bzw. nach dem I. Weltkrieg Österreichs. An der Finanzierung der bibliographischen Erfassung der Reden beteiligen sich die Deutsche Forschungsgemeinschaft und Schweizer Fonds. Letztere ermöglichen zudem die Digitalisierung der Schweizer Reden. Sie erfolgt zur Zeit. Dankbar erwähnt sei die Hilfe vieler Universitätsarchivare, vor allem aber die Hilfe, die im Rahmen der Forschungsprojekte, in denen an der Humboldt-Universität Berlin und an der Friedrich-Schiller-Universität Jena die Geschichte dieser Universitäten aufgearbeitet wird, gewährt wurde. Ohne diese Mitarbeit hätten sich zahlreiche Rektoratsreden nicht erfassen lassen.
- 6 Aufschlußreich dazu Peter Weingart: Die Stunde der Wahrheit? Vom Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft. Weilerswist 2001.
- 7 Goethe und kein Ende. In der Aula der Berliner Univ. am 15.10.1882 gehaltene Rektoratsrede, in: Estelle Du Bois-Reymond (Hrsg.): Reden von Emil Du Bois-Reymond, Bd.2, Leipzig 1912, 157–183, 180 f.
- 8 Dieser Abschnitt beruht auf Langewiesche: Selbstbilder der deutschen Universität in Rektoratsreden. Jena – spätes 19. Jahrhundert bis 1948 (erscheint 2006 in einem Band zur Geschichte der Universität Jena). Dort die Quellennachweise im einzelnen und auch die Fachliteratur.
- 9 Grundlegend dazu Sylvia Paletschek: Verbreitete sich ein ‚Humboldtsches Modell‘ an deutschen Universitäten im 19. Jahrhundert, in: Rainer Christoph Schwinges (Hrsg.): Humboldt International. Der Export des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert. Basel 2001, S. 75–104; Paletschek: Die Erfindung der Humboldtschen Universität. Die Konstruktion der deutschen Universitätsidee in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Historische Anthropologie, 10 (2002), S. 183–205.
- 10 Vgl. dazu Dieter Langewiesche/Georg Schmidt (Hg.): Föderative Nation. Deutschlandkonzepte von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg. München 2000.
- 11 Wolf Meyer-Erlach, o. ö. Professor und Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena: Universität und Volk. Rektoratsrede der Deutschen Universität. (Jenaer Akademische Reden. Heft 22). Jena 1935, S. 23.
- 12 Ebd.
- 13 J. W. Harms, Prorektor und Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena: Wirkstoffe als Realisatoren im Lebensablauf der Tiere und des Menschen. Rede zur Preisverteilungsfeier der Universität Jena gehalten am 8. Juli 1947. (Jenaer Akademische Reden. Heft 30). Jena 1948, S. 20.

14 F. Hund, Rektor der Universität: Physik und allgemeine Bildung. Rede zur Jahresfeier der Friedrich-Schiller-Universität Jena am 26. Juni 1948 gehalten. (Jenaer Akademische Reden. Heft 31). Jena 1949, S. 6.

15 Hund, S. 6.

16 Ebd. S. 7.

17 Ebd. S. 14.

Auszug aus:

**Jahrbuch der historischen Forschung
in der Bundesrepublik Deutschland 2005**

Herausgegeben von der
Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

© 2006 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne
Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für
Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung
und Bearbeitung in elektronischen Systemen.